



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XVI/14 - 17. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Sollte von Hassel sogar "Kronprinz" werden?</u> Flucht nach vorn im Kieler Landtag ist nicht geglückt	41
2	<u>Der Mann aus Pakistan</u> Zum Besuch von Mohammad Ayub Khan in Bonn	47
3 - 4	<u>Bremsklötze in der Studentenförderung</u> Mittelständische Familien schwer belastet	84
5	<u>Paris blickt nach Brüssel</u> Von der Sozial- zur Staatskrise Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	37
6	<u>"... unerträglich für uns Zonenleute"</u> Harte Kritik an Schröder - Ein bezeichnender Leserbrief in "Christ und Welt"	54

* * * *

Sollte von Hassel sogar "Kronprinz" werden ?

Flucht nach vorn im Kieler Landtag ist nicht geglückt

sp- Der sehr spät erfolgte Versuch des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel (CDU), das Kapitel "unbewältigte Vergangenheit" im nördlichsten Lande der Bundesrepublik zu einem spektakulären Abschluss zu bringen, ist gleichbedeutend mit einer Flucht nach vorn, die der Bundeswahlkampfleiter der Kanzlerpartei notgedrungen einleiten musste. Dieser Versuch ist keineswegs geglückt, da Schleswig-Holsteins Ministerpräsident in seiner Erklärung vor dem Landtag in Kiel nicht einmal andeutungsweise sagen konnte, mit welchen Mitteln die von ihm geleitete Regierung die allgemein bekannten skandalösen Vorgänge abzustoppen gedenkt. - v. Hassel hat leider kein Sterbenswörtchen über die Geschehnisse in der Spitze der schleswig-holsteinischen Staatsanwaltschaft geäußert, die im Zusammenhang mit dem Fall Heyde/Sawade die in- und ausländische Presse beschäftigt.

Aber das sind Erscheinungen, mit denen sich die Opposition im Kieler Landtag bereits auseinandergesetzt hat und die bestimmt noch Anlass zu interessanten Bemerkungen in der deutschen und ausländischen Presse geben werden.

In Bonn ist inzwischen bekannt geworden, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer ursprünglich die Absicht hatte, seiner Partei den Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten als "Kronprinz" vorzuschlagen. Startposition für diese Rolle sollte der Posten des bundesrepublikanischen Wahlkampfleiters der CDU sein, mit dem von Hassel schon vor einiger Zeit ausgestattet wurde. Wie es heißt, sollte dadurch der Kampf der Diadochen im Hinterlager des Bundeskanzlers überspielt werden.

Nun haben aber die sattsam bekannten Vorgänge in Schleswig-Holstein innerhalb der CDU zu Auseinandersetzungen geführt, die es dem wendigen Kieler Ministerpräsidenten ratsam erscheinen liessen, das ihm anhängende Odium eines Schutzbarren von Überresten aus der Prominenz des Hitlerreiches so schnell wie möglich los zu werden. Die Angriffe auf Herrn von Hassel wurden hauptsächlich mit der Feststellung begründet, ein Wahlkampfleiter der CDU, in dessen eigentlichen politischen Wirkungsbereich ein Skandal nach dem anderen hochgeht, sei besonders im Ausland keine Visitenkarte für die Kanzlerpartei.

Ob Dr. Adenauer seinen Wahlkampfleiter trotz der verunglückten Flucht nach vorn im Kieler Landtag noch halten kann, ist nicht sicher. Die Phalanx in der CDU ist inzwischen so stark geworden, dass möglicherweise nicht einmal Staatssekretär Glocke den präsumtiven "Kronprinzen" retten kann.

* * *

Der Mann aus Pakistan

E.D. - Die kleine Weltreise des pakistanischen Staatspräsidenten, die ihn auch über Belgrad nach Bonn geführt hat, zeigt in gewisser Weise die gewandelte Bedeutung, die dem "Land der Reinen" heute in der internationalen Politik zukommt. Es ist nicht länger mehr der Gegensatz zum indischen Nachbarn, der die Innen- und Aussenpolitik Pakistans bestimmt, denn in dieser Frage ist es Ayub Khan gelungen, dank seiner realistischen Einschätzung, zu einem vernünftigen Übereinkommen mit Neu Delhi zu gelangen. Die mögliche Bedrohung des indischen Subkontinents durch das kommunistische China hat zumindest die seit der Gründung der beiden Staaten Pakistan und Indien schwelenden vielfältigen Konflikte gemildert, wenn nicht zum Teil sogar ganz ausgeräumt.

Ayub Khan ist ein Militär. Erzogen im Geiste der einstigen anglo-indischen Armee hat er stets jenes "britische" Gefühl für konkrete Möglichkeiten der Politik gehabt. Dazu kam seine Auffassung, daß eine Armee an sich aus der Politik des Landes herausgehalten werden müßte, eine Vorstellung, die in mehreren Ländern seitens schon seit langen überholt zu sein scheint. Es mag vielleicht paradox sein, gerade ihm diese Auffassung noch heute zuzuschreiben, denn seit dem Putsch der pakistanischen Truppen vor zwei Jahren, die unter seinem Oberbefehl standen, herrscht das Militär im Lande. Man mag diese Entwicklung aus vielerlei Gründen bedauern, jedoch sollte sich ein jeder darüber im klaren sein, daß die demokratisch-parlamentarischen Formen, seit der Gründung Pakistans, als Fassade benutzt worden sind, hinter der sich ein widerlicher und dem ganzen Lande zum Schaden gereicher Intrigen- und Cliquenkampf vollzog.

Wenn man den Worten des heutigen pakistanischen Staatspräsidenten Glauben schenken will, so liegt ihm vor allem daran, eine neue Grundlage für die spätere Entfaltung demokratischer Formen zu schaffen; nicht die Verewigung der Militärherrschaft, sondern ihre begrenzte Errichtung, mit dem Ziele der schließlichen Abschaffung, das ist das Leitbild Ayub Khans. Inwieweit es ihm gelingen wird, seine Vorstellungen zu verwirklichen, weiß zur Stunde noch niemand.

Daß aber ein großer Teil der wiedergewonnenen inneren Stabilität dem Wirken dieses Mannes zu verdanken ist, das erkennen auch seine Gegner an.

Die Bundesrepublik hat Ayub Khan als den Repräsentanten Pakistans empfangen, eines Landes, das mit vielen anderen zu jenen Staaten und Völkergruppen gehört, denen unsere Hilfe und Zusammenarbeit gehören sollten. Es ist kein Geheimnis, daß Ayub Khan vornehmlich im Rahmen seines Besuches wirtschaftliche Gespräche führen will, die einer Verbreiterung der deutschen Wirtschaftshilfe und einer Ausdehnung des deutsch-pakistanischen Handels dienen sollen. Die Bundesrepublik ist gut beraten, wenn sie die Vorstellungen des Staatspräsidenten mit Aufmerksamkeit aufnimmt und sich Gedanken darüber macht, wie beide Partner zum Nutzen ihrer Völker eine geordnete Politik führen können.

Brensklötze in der Studentenförderung

DT. Die Zahl der mit Stipendien nach dem Honnefer Modell geförderten Studenten ist seit 1958 von rund 19 Prozent auf 15 Prozent gesunken, eine Reihe mittelständischer Familien erhalten nach den geltenden Bestimmungen überhaupt keine Studienbeihilfen mehr für ihre Kinder. Diese Feststellungen traf in der vergangenen Woche der Verband Deutscher Studentenschaften, als er sich in einem Memorandum an das Bundesinnenministerium, die Landeskultusminister und an die zuständigen Ausschüsse des Bundestages wandte und eine Verbesserung der Anrechnung von elterlichen Einkommen auf die Stipendien vorschlug.

Bei diesem Vorschlag geht es gar nicht um die Forderung nach höheren Stipendien für die Studenten, sondern um die Grundsätze einer gesunden Mittelstands- und Familienpolitik und Nachwuchsförderung. Als der Bundestag 1957 die Einführung der allgemeinen Studentenförderung beschloss, sollten durch die Stipendien die Familien mit unteren und mittleren Einkommen entlastet und ihren Kindern der soziale Aufstieg über ein Hochschulstudium frei von wirtschaftlicher Not ermöglicht werden. Nur so konnten wir auch gewährleisten, dass der für unseren Staat und die Wirtschaft notwendige wissenschaftliche Nachwuchs in aller Breite zum Studium kam und die Begaubungsreserven ausgeschöpft wurden. Jeder, der durchschnittlich gut begabt und bedürftig war, sollte ein Stipendium erhalten.

Der Index von 1956 ist überholt

Die Berücksichtigung der Einkommen der Eltern erfolgte nach Grundsätzen, die dem Lohn-, Gehalts- und Preisniveau von 1956 entsprachen und die bleiben seither unverändert. Inzwischen ist jedoch der Lohn- und Gehaltsindex nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 26 Prozent gestiegen. Wegen der höheren elterlichen Einkommen gelten jetzt viele Studenten als nicht mehr bedürftig, die Stipendien wurden gestrichen oder gar nicht erst bewilligt. Die starke finanzielle Last eines Hochschulstudiums der Kinder fiel wieder auf die mittelständischen Familien zurück. Tatsächlich hat sich jedoch durch das Ansteigen der Lebenshaltungskosten und des anerkannten durchschnittlichen Lebensstandards sowie bei schwindender Kaufkraft an der Bedürftigkeit der Familien und ihrer studierenden Kinder nichts geändert.

Auf anderen Gebieten sozialpolitischer Massnahmen, z.B. der Fürsorgegrundsätze, wurden die Berechnungsgrundsätze den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst. So ist es zwingend, dass nun der Verband Deutscher Studentenschaften fordert, auch die

Einkommensbemessung der Eltern für die Studentenförderung um 25 Prozent anzuheben. Bislang erhält ein Student aus einer Familie mit zwei Kindern nur dann ein volles Stipendium, wenn das monatliche Einkommen des Vaters unter DM 600.-- liegt. Nach der Anpassung würde er auch dann noch ein volles Stipendium erhalten, wenn das Einkommen des Vaters DM 750.-- erreicht.

Darlehen statt Stipendien ?

Bislang war man sich einig, dass die Studentenförderung einer breiten Schicht begabten und bedürftigen wissenschaftlichen Nachwuchses zugute kommen sollte. Selbst der CDU-Abgeordnete Dr. Stoltenberg gab als Ziel 30 Prozent geförderter Studenten an. In England erhalten demgegenüber 70 Prozent der Studenten staatliche Stipendien. Nun werden aber schon wieder Stimmen laut, die statt Stipendien nur erhebliche Darlehen dem Hochschulnachwuchs gewähren wollen. Das bedeutet eine starke Verschuldung und eine Erschwerung der ohnehin späten Familiengründung der jungen Hochschulabsolventen und eine erneute Benachteiligung der Eltern mit unterer und mittleren Einkommen, da viele sich mit Recht scheuen werden, diese hohe Schuldenlast ihrer Kinder zu verantworten.

Nach Einführung der Stipendien ist in drei Jahren die Zahl der Werkstudenten, die zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten, von 44,9 Prozent auf 30,2 Prozent abgesunken. Fast ein Drittel unserer Studenten ist also noch immer in wirtschaftlicher Bedrängnis und muss neben dem Studium dem Broterwerb nachgehen. Das hat mit dem wünschenswerten Einblick in die praktische Arbeit und mit der zumutbaren eigenen Finanzierung nichts zu tun. Es bedeutet vielmehr die oft unerhört harte Erschwerung der Ausbildung und eine Verschleuderung von Begabung, die wir uns nicht leisten können. Nun zeichnet sich aber die Gefahr ab, daß bei ständig sinkender Zahl der Stipendiaten die Zahl der Werkstudenten wieder steil zunimmt.

Eine Lebensfrage

Die Entscheidung über die Studentenförderung und ihre Anpassung an die veränderte wirtschaftliche Lage duldet keinen Aufschub auf das nächste Jahr. Es ist auch absurd, den Studenten "Rentnergesinnung" oder ihrem Verband "sozialistische Tendenzen" vorzuwerfen, wie es der CDU-Abgeordnete Stoltenberg tat. Es geht vielmehr um eine konsequente Mittelstands- und Familienpolitik, die übermäßige Lasten des Einzelnen gerecht verteilt. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist schließlich eine Lebensfrage für uns, wie das Gutachten des Wissenschaftsrates deutlich erwiesen hat. Dieser Aufgabe dürfen wir uns nicht entziehen.

Paris blickt nach Brüssel

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

"Frankreich verliert Algerien und bekommt dafür Wallonien". Dieses ironische Wort illustriert die dramatische Situation, in die Belgien infolge des Abfalls Kongos gestürzt wurde und in der sich Frankreich nach der Selbstbestimmung Algerien befinden könnte, wenn in Paris nicht entsprechende Lehren gezogen werden.

Die belgische Krise begann vor einem Monat mit einem unbefristeten Proteststreik gegen das "Einheitsgesetz", nämlich gegen den Versuch der Regierung, die Kosten des Kongoabenteuers auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, insbesondere auf die französisch sprechenden südbelgischen Arbeiter Walloniens, die schon durch die Kohlenkrise benachteiligt sind und jetzt gegen Brüssel revoltieren.

Paris verfolgt mit Spannung und Sorge die Entwicklung im Nachbarland. Frankreich ist mit Belgien durch eine langjährige Freundschaft, durch Bündnisse und Allianzen und nicht zuletzt durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur EWG und zur Atlantischen Gemeinschaft verbunden. Dazu kommt die besondere Freundschaft mit dem wallonischen Volksteil, der aus Opposition gegen Flandern besonders frankophil ist.

Eine tragische Schicksalsgemeinschaft ist aber durch die fast gleichzeitige Liquidierung der beiden Kolonialreiche entstanden. Belgien hat durch den unvorbereiteten und brusken Abzug aus Kongo in Zentralafrika einen Krisenherd geschaffen, der die Welt an den Rand eines neuen Krieges brachte. In Frankreich wird der Kongo-Konflikt von den Kolonialherren als warnendes Beispiel hingestellt und als "Beweis" dafür, dass in Algerien keine Konzessionen gemacht werden dürfen.

General de Gaulle und die französischen Demokraten haben aber aus dem kongolesischen Chaos andere Lehren gezogen. Auf die friedliche Freigabe von 13 französisch-afrikanischen Staaten im Jahre 1960 dürfte 1961 die Beendigung des Algerienkrieges folgen und eine Selbstbestimmung mit Garantien, die eine Wiederholung des kongolesischen Dramas in Nordafrika unmöglich machen sollen.

Schließlich sind auch die innerbelgischen Wirren ein Warnsignal für Frankreich, wo es zum Unterschied vom nördlichen Nachbarn eine einflussreiche kommunistische Partei gibt, die derartige Unruhen sofort im Interesse Moskaus ausnützen würde. So könnte sich das belgisch-kongolesische Drama für die Lösung des französisch-algerischen Konfliktes in doppelter Hinsicht heilsam auswirken. Die Lektion von Brüssel wird in Paris jedenfalls genau studiert. + + +

"... unerträglich für uns Zonenleute"

Auch in der Bevölkerung Mitteldeutschlands stößt der Schröder'sche Gesetzentwurf über die Ein- und Ausreisebestimmungen auf scharfe Ablehnung. Das geht unter anderem aus einem Leserbrief hervor, der die, dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier nahestehende Wochenschrift "Christ und Welt" in ihrer letzten Ausgabe veröffentlichte. Wir bringen daraus einige bezeichnende Stellen.

"Zur Sache also: Die Meinung Ihres Korrespondenzpartners, die Zone sei über den Schröderschen Gesetzentwurf befriedigt, ist fragwürdig. Eher ist das Gegenteil der Fall, wenn wir uns vorwiegend an die Meinung der kritisch und politisch Denkenden halten. Absurd ist vor allem die Erwartung, man werde durch entsprechende "Hinweise" an der Zonengrenze den Zonenfunktionären bessere Einsichten beibringen. Die Hoffnung, man würde auf diese Weise manche "Gewissenskonflikte" ersparen, ist naiv.

Nur oberflächliches "Wie-du-mir-so-ich-dir-Denken" kann sich darüber freuen, daß der Westen nun auch mit Reisebeschränkungen nachzieht. Wenige denken bei uns so. Man denkt dafür um so mehr etwa folgendermaßen: Die Bundesrepublik sieht offenbar keine andere Möglichkeit mehr, der kommunistischen Propaganda Herr zu werden. Das ist erschreckend. Wir wissen doch genau, wie primitiv, wie im Grunde leicht zu widerlegen sie ist. Also ist der Bürger ärgerlich nicht einmal dem mehr gewachsen? Warum diese Defensive? Warum greift man nicht zur intensiven Beschäftigung mit Theorie und Praxis des heutigen Kommunismus, mit der man fast alle Agenten in eine kümmerliche Verteidigung treiben könnte? Ist tatsächlich in der Bundesrepublik so vieles faul, daß die primitive kommunistische Propaganda ernstliche Anknüpfungspunkte findet?

Wir sind sicher, daß mit den geplanten Grenzkontrollen der größte Unfug passieren wird. Wir haben kein Vertrauen zu Fingerspitzengefühl und kenntnisreicher Differenzierung durch Grenzbeamte. Es ist selbstverständlich, daß sie damit überfordert sind. Die närrische Verweigerung der Auslandspässe an Zonendeutsche vom September 1960, mit der Ulbrichts Reiseschikanen so wirkungsvoll durch Minister Schröder unterstützt wurden, scheint uns ein übler Präzedenzfall zu sein!

Es ist wahrhaftig unerträglich für uns Zonenleute, in der freien Welt noch einmal das Sieb einer polizeilichen Kontrolle durchmachen zu müssen; wieder verdächtiger Bürger zu sein, wie wir es hier permanent sind; wieder das Mißtrauen knistern zu spüren. Ist die psychologische Grundstimmung von 17 oder 15 Millionen Zonendeutschen kein politisches Gewicht? Wenn das Gesetz kommt, so ist eine weitreichende Depression bei uns die zwangsläufige Folge. Wir leben in der Meinung - oder Illusion? -, die Bundesrepublik sei groß, mächtig, frei, wenigstens aufs Ganze gesehen. Wenn wir sie kleinlich, ängstlich, hilflos und unklug in der Wahl ihrer Mittel sehen - das weckt Zweifel und hat Folgen.

Wir müssen zähnelnirschend erkennen, daß die Bundesrepublik ihre Politik macht, und nicht eine gesamtdeutsche. Wo bleibt nur immer das gesamtdeutsche Ministerium in diesen Dingen? Die Abgrenzung gegenüber kommunistischen Methoden muß da sein, darauf gründet sich unsere ganze Argumentation in unserer täglichen Auseinandersetzung mit dem System hier. Wir bekommen eine schlimme Ohrfeige, wenn der Bundesrepublik nach vielen Jahren nichts Besseres einfällt, als was unsere Diktatur schon seit vielen Jahren praktiziert. Das werden wir nun pausenlos und höhnisch zu hören bekommen - ohne daß wir dann eine echte Antwort finden können."

Verantwortlich: Günter Märkscheffel

Bewährungsprobe nicht bestanden

Kai Uwe von Hassel blieb Antworten schuldig

sp- Der Landtag in Kiel hat in einer einstimmig angenommenen Entschliessung die Verbrechen des Hitler-Regimes verurteilt. Leider war es jedoch nicht möglich, von der Regierung eine politische Wertung der Vorgänge zu erhalten, die weit über Schleswig-Holstein hinaus die Gemüter bewegen. Der Ministerpräsident begnügte sich damit, die Pannen in den Fällen Heyde, Lantz, Schlegelberger, Oberhauser u.a. aus der Perspektive von Verwaltungsvorgängen zu betrachten. Die politischen Zusammenhänge, die in den vergangenen Monaten zutage getreten sind, sah Kai Uwe von Hassel nicht. Der Ministerpräsident drückte sich auch um eine Distanzierung von seinen herabwürdigenden Äusserungen über diejenigen Deutschen herum, die sich dem Hitlerterror entziehen mussten, wollten sie nicht wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihrer Rasse der Freiheit beraubt, gefoltert und ermordet werden. Diese Tatbestände sind das eigentliche Kriterium für den Verlauf der jüngsten Landtagsdebatte in Kiel. Dass die Hitlerverbrechen der Vergangenheit einmütig verurteilt werden, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Hier und jetzt handelt es sich aber um die Bewertung des Krebsgeschwürs, dessen Existenz nicht einmal einem Mann wie einem Kai Uwe von Hassel entgangen sein sollte.

* * *

Ist "verherrlichen" dasselbe wie "verharmlosen"?

CDU/CSU sorgen für neuen Gesetz-Deckungel

sp- Bei der Bundestagsdebatte über jugendgefährdende Schriften am Mittwoch dieser Woche sprachen sich die Regierungsparteien (CDU/CSU, DF) gegen einen SPD-Antrag aus, durch den die entsprechenden Schutzbestimmungen mit dem Begriff "kriegsverherrlichende Schriften" festgelegt werden sollten. Die CDU/CSU meinte, es genüge, wenn man von "kriegsverharmlosenden Schriften" spreche, die verboten werden müssten. Der CSU-Abgeordnete Linus Mammel behauptete sogar, "verherrlichen" und "verharmlosen" sei praktisch dasselbe. Es ist nach dieser von der Mehrheit des Hauses geilligten Begriffsbestimmung damit zu rechnen, dass die von antswegen berufenen Verootsprüfer jetzt überhaupt nicht mehr wissen, welches Buch sie zulassen und welches sie verbieten sollen. Geschickte Verleger und Autoren werden geradezu aufgerufen, so zu operieren, dass jede Begriffsbestimmung unmöglich wird. - Das ist eine schlechte Sache, denn nunmehr wird der gutgemeinte Sinn des Gesetzes in einen Deckungel von Auslegungsmöglichkeiten hineinmanövriert und sicher ist damit zu rechnen, dass komplizierte Rechtswege notwendig sein werden, um die praktische Anwendung des Gesetzes zu ermöglichen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel